



Bern, 22. Mai 2013

Adressaten:

die politischen Parteien
die Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
die Dachverbände der Wirtschaft
die interessierten Kreise

Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (SRVG)

Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Bundesrat hat am 22. Mai 2013 das EDA beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft, den Gerichten sowie den übrigen Organisationen und interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

Die Vernehmlassungsfrist beträgt drei Monate. Sie wird unter Berücksichtigung der Ferien angemessen verlängert (Art. 7 Abs. 2 Vernehmlassungsgesetz, VIG). Das Vernehmlassungsverfahren dauert daher **bis zum 12. September 2013**.

Gegenstand der Vernehmlassung ist der Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Sperrung und die Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte politisch exponierter Personen (SRVG).

Das Phänomen der Potentatengelder stösst seit Jahren auf zunehmende internationale Beachtung. Es handelt sich dabei um Fälle, in denen sich politisch exponierte Personen (Staats- und Regierungschefs, Minister, etc.) unrechtmässig bereichern, indem sie sich durch Korruption oder ähnliche Verbrechen Vermögenswerte aneignen und auf ausländischen Finanzplätzen beiseite schaffen. Die Schweiz wurde mit dem Problem der Potentatengelder erstmals nach dem Sturz des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos 1986 konfrontiert. Sie hat sich seither auf dem Gebiet der Rückführung von Potentatengeldern eine internationale Führungsrolle erarbeitet.

Der Bundesrat hat Anfang 2011 umgehend auf den politischen Umbruch in Nordafrika reagiert und die in der Schweiz gelegenen Gelder der gestürzten Präsidenten Ben Ali, Mubarak und Ghaddafi gestützt auf seine in der Bundesverfassung verankerten Befugnisse gesperrt. Am 11. Mai 2011 erteilte der Bundesrat dem EDA das Mandat, ein Bundesgesetz zur Sperrung von Vermögenswerten politisch exponierter Personen zu Sicherungszwecken zu erarbeiten.

Der vorliegende Gesetzesentwurf fasst die bisherige Praxis der Schweiz im Bereich der Sperrung, Einziehung und Rückerstattung von Potentatengeldern in einem Erlass

zusammen. Es handelt sich dabei überwiegend um die Abbildung der bestehenden Praxis bzw. geltenden Rechts in den folgenden Themenbereichen:

- Vorsorgliche Sperrung von Vermögenswerten politisch exponierter Personen zu Sicherungszwecken
- Leistung gezielter Unterstützungsmassnahmen an den Herkunftsstaat im Hinblick auf eine rasche gerichtliche Klärung des Ursprungs der Vermögenswerte
- Verwaltungsgerichtliche Einziehungsmöglichkeit in der Schweiz für den Fall, dass die Rechtshilfe infolge Versagens der staatlichen Strukturen im Herkunftsland scheitert (Überführung des materiellen Bestandes des Bundesgesetzes über die Rückführung unrechtmässig erlangter Vermögenswerte politisch exponierter Personen RuVG, SR 196.1)

Zusätzlich schlägt der Bundesrat vor, das vorliegende Gesetzesprojekt zu nutzen und die Kodifikation der bestehenden Praxis mit zwei gesetzgeberischen Neuerungen zu verbinden, um das bestehende rechtliche Dispositiv zu vervollständigen:

- Ausweitung der verwaltungsgerichtlichen Einziehungsmöglichkeit auf Fälle, in denen die Rückerstattung auf dem Rechtshilfeweg an ungenügenden verfahrensrechtlichen Standards im Herkunftsstaat gescheitert ist
- Möglichkeit der gezielten und eng umrissenen Weitergabe von Informationen an den Herkunftsstaat, um diesen bei der Einreichung eines ausreichend substantiierten Rechtshilfeersuchen zu unterstützen.

In der Beilage unterbreiten wir Ihnen den Vorentwurf samt Erläuterungen zur Stellungnahme.

Bitte richten Sie Ihre Stellungnahme an:

Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten EDA
Direktion für Völkerrecht
Bundeshaus Nord, 3003 Bern

oder **per E-mail an: taskforceassetrecovery@eda.admin.ch**

Für Ihre wertvolle Mitarbeit danken wir Ihnen bestens und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Mit freundlichen Grüssen



Didier Burkhalter
Bundesrat

Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)